

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepagt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7. 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Gewerkschaftskampf und Lohnquote während der Krise.

In Jahrzehntelanger zäher Arbeit haben die Gewerkschaften die einstigen zwischen Unternehmertum und Arbeitern bestehenden Machtverhältnisse sehr wesentlich zugunsten der Arbeiterklasse verändert. Und alles das, was heute die Gestaltung der Lohnquote zugunsten der Arbeiter mitbeeinflusst, Tarifverträge, Schlichtungswesen, Erwerbslosenfürsorge, die Aufhebung der Auswirkungen gewisser Arbeitsmarktvorgänge, wie Angebot und Nachfrage — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — sind zum guten Teile auf die Gewerkschaftsarbeit zurückzuführen. Gerade in der heutigen Zeit, wo die deutsche Arbeiterschaft die furchterlichsten aller Wirtschaftskrisen durchlebt, zeigt sich die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit sehr augenfällig. Nach den von der liberalen Theorie konstruierten ökonomischen Grundgesetzen sind die Zeiten großen Angebots von Arbeitskraft immer auch Zeiten der Lohnquoten-Veränderung nach unten. Trotzdem das heutige Unternehmertum mit aller Kraft sich Mühe gibt, in der zur Zeit tobenden Krise wieder diese von der liberalen Theorie aufgestellten ökonomischen Grundsätze zur Geltung zu bringen, ist ihnen dies bisher im allgemeinen nicht gelungen. Bei aller Anstrengung des Unternehmertums konnte der bis zum Ausbruch der Krise erreichte Lohnstandard im allgemeinen von den Gewerkschaften gehalten werden. Der Kampf geht zwar weiter, aber im Resultat dürfte der Kampf bei den jetzt bestehenden Machtverhältnissen nicht viel an dem jetzt bestehenden Zustand ändern können.

Die Gestaltung des Lohnes in der kapitalistischen Wirtschaftswelt ist außer von den klassenmäßigen Machtverhältnissen natürlich noch von einer Anzahl anderer Elemente abhängig, die teilweise in den Grenzgebieten der ganzen Problematik liegend, in der Gesamtheit doch großen Einfluß haben. So ist es zweifellos, daß die Lohngestaltung, durch klassenmäßige bzw. gewerkschaftliche Machteinflüsse herbeigeführt, eine oberste Grenze an der zur Verfügung stehenden Menge des Sozialprodukts haben muß. Diese Grenze ist aber heute noch keineswegs erreicht. Ist durch den gewerkschaftlichen Machtfaktor diese Grenze erreicht worden, dann ist eine weitere Erhöhung des Anteils der Arbeit am Gesamtwirtschaftsergebnis nur möglich, wenn durch wirtschaftliche Faktoren das Gesamtergebnis der Wirtschaft gesteigert, das Sozialprodukt vermehrt wird. Wir kommen damit zu dem an sich richtigen, heute aber vielfach mißbrauchten Argument, daß Lohnsteigerung und Erhöhung der Produktion in einem gewissen Verhältnis stehen. Namentlich gehört es heute zum eifernen Bessand in den Gründen des Unternehmertums, Bestrebungen der Gewerkschaften nach Lohnsteigerung damit zu begegnen, daß zuvor eine Erhöhung der Produktivität durch die Arbeiterschaft herbeigeführt werden müsse, die nach dem Geisteshabitus des heutigen Unternehmertums identisch ist mit verlängelter Arbeitszeit und größerer körperlicher Anstrengung des Arbeiters. Abgesehen davon, daß die oben erwähnte, für die Wirtschaft fragbare oberste Grenze der Lohngestaltung noch nicht erreicht ist, ja bei der den Endpreis des Produkts bestimmenden monopolistischen Kartell- und Syndikatspolitik des Unternehmertums schwer erreicht werden kann, können die Gewerkschaften theoretisch gegen die Produktivitätstheorie, soweit sie in einer Verbesserung der Technik besteht, nichts einwenden. Aber unser heutiges Unternehmertum will die Produktivitätstheorie durch erhöhte Ausbeutung des Arbeitsmenschen zur Geltung bringen. Ein Rückschlag in bereits schon längst überwundene Epochen, den man aber bei Gesellschaftsschichten, die nicht aus sich selbst heraus vorwärtstreibende Kräfte produzieren, sondern erst durch ihnen fremde Kräfte (in unserem Falle durch den Gewerkschaftskampf) vorwärts getrieben werden müssen, in der Geschichte der Menschheit des öfteren beobachten kann.

Doch mit dem von den Gewerkschaften durch den Organisationsgedanken anerkannten und geführten machtheoretischen Kampf ging zwangsläufig etwas viel Entscheidenderes nebenher. Das ist der durch den Gewerkschaftskampf und die Gewerkschaftsarbeit herangebildete, vollständig veränderte Arbeitsmensch. Durch den Gewerkschaftskampf ist das Selbstbewußtsein des Arbeiters ungeheurer gewachsen, wenn auch nach unserer Meinung noch nicht tief genug verwurzelt und von den breiten Arbeitermassen noch nicht mit genügender theoretischer Klarheit erkannt. Aber doch steht heute fest, daß durch den Gewerkschaftskampf auch in betreff der Lohnquote eine ganz neue Ideenwelt in der Arbeiterschaft entwickelt worden ist. Infolge der Erkenntnis seiner Wichtigkeit im Gesamtwirtschaftsprozess wehrt sich der Arbeiter, sich als einfaches Wirtschafts- oder Produktionskostenelement durch das Unternehmertum weiter registrieren zu lassen, besond. vielmehr sein Menschentum, tritt als Kritiker der heutigen kapitalistischen Wirtschaft auf und macht weiter die ernstesten Ansprüche, selbst mehr und mehr willensbildend in der Gesamtwirtschaft aufzutreten.

Es ist absurd, den auf solcher Stufe stehenden Arbeitsmenschen weiter als einfaches Kostenelement behandeln zu wollen, wie es nach alter Gewöhnung durch die liberalen

Lohntheorien durch das heutige Unternehmertum noch geschieht. Auch an den arbeitsmenschlichen Entwicklungen muß das heutige Unternehmertum mit seinen lohnpolitischen Argumenten scheitern.

Nach bisherigen Beobachtungen steht nun fest, daß in der jetzigen Krise, dank gewerkschaftlicher Macht, die Lohnquote durch das Unternehmertum, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis jetzt nicht wesentlich gesenkt werden konnte. Das ist ein wichtiges Argument für den weiteren Verlauf der Krise. Alle Krisen in der kapitalistischen Wirtschaft entstehen, wenn die Kaufkraft der breiten Massen in ein Mißverhältnis zum Warenpreis gerät. In einem solchen

zirkel zutreffen — auf 39 Wochen. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bezeichneten Stellen bezeichnen die Bezirke, für die diese Unterstützungsdauer nicht gilt.

Die Beschlüsse der Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise, die Unterstützungsdauer im Einzelfalle um weitere 13 Wochen zu verlängern, bleibt unberührt (vgl. Nr. IV meines Rundschreibens vom 30. März 1926 IV 5000/26 — Reichsarbeitsblatt S. 102).

Die Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers zeigt, daß die Bemühungen unseres Kollegen Brey als Mitglied des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses die Not der erwerbslosen Arbeiterschaft in der Baustoffherzeugung und des Baugewerbes zu mildern, einen immerhin beachtenswerten Erfolg erzielt haben.

Kollegin, Kollege!

Du fragst unwillig:

„Weshalb Erhöhung der Beiträge?“

Hier die Antwort:

Der Verband braucht deinen Beitrag, um seine Solidaritätspflicht gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise zu erfüllen. Allein die sachungsgemäße Erwerbslosenunterstützung erforderte seit dem Beginn der Wirtschaftskrise, seit Mitte November v. J. bis zur Gegenwart mehr als

4 Millionen Goldmark.

Im vorigen Jahre leistete der Verband insgesamt

4 1/2 Millionen Goldmark

an Unterstützungen, davon fast 2 Millionen an erwerbslose und fast 2 1/2 Millionen an streikende und gemäßigtere Kollegen. Im ersten Halbjahr 1926 ist die geleistete Unterstützungssumme bereits auf fast

3 Millionen Goldmark

angewachsen. Noch ist das Ende der Wirtschaftskrise nicht abzusehen, noch sind viele Zehntausende unserer Mitglieder arbeitslos. Wir dürfen in der Erfüllung unserer Solidaritätspflicht nicht erlahmen.

Kollegin, Kollege, dazu braucht der Verband die Beitragserhöhung.

Mißverhältnis leidet die jetzige Krise in besonders starkem Maße, da die Löhne und damit die Kaufkraft, von der Inflation her noch zerrüttet, noch nicht wieder auf eine den Wirtschaftsverhältnissen erforderliche angemessene Höhe gebracht werden konnten. Aber die Krise würde noch an Breite und Tiefe gewinnen, wenn die Versuche der Unternehmer, die Löhne zu senken, Erfolg hätten. Darum ist die Gestaltung der Lohnquote und der gewerkschaftliche Lohnkampf — sei es auch nur in der Abwehr — während einer Krisenperiode so außerordentlich wichtig. Die Aufwärtsentwicklung der Konjunktur wird um so früher eintreten, je besser es gewerkschaftlicher Kraft gelingt, die Lohnsenkungsbestrebungen des Unternehmertums abzuwehren.

Um die Unterstützung der Erwerbslosen.

In der Nummer 25 des „Proletariats“ berichteten wir über die Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses in Sachen der Erwerbslosenunterstützung. Wir teilten mit, daß auf Ausführungen des Kollegen Brey der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums die Zusage gegeben habe, die Ausnahmebestimmungen für die Arbeiterschaft der Baustoffherzeugung und des Baugewerbes zu befristigen und den Beschäftigungsgrad für die Gartenbaubetriebe noch einmal einer Überprüfung zu unterziehen.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium inzwischen dem Kollegen Brey mitgeteilt worden, ist die Angelegenheit im Sinne seiner Anregungen erledigt. Unter dem 9. Juni ist folgendes Rundschreiben aus dem Reichsarbeitsministerium hinausgegangen:

Der Reichsarbeitsminister Berlin NW 40, den 9. Juni 1926. IV 7510/26. Scharnhorststraße 35.

An die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge. Betr. Höchstanzahl in der Erwerbslosenfürsorge.

Bereits in meinem Rundschreiben vom 12. Mai 1926 — IV 6439/26 — habe ich empfohlen, daß die Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise die Unterstützungsdauer im Einzelfalle um weitere 13 Wochen bis auf 39 Wochen verlängern. Ratsmehr verlängere ich mit Rücksicht auf die Fortdauer der hohen Erwerbslosigkeit gemäß § 18 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I. S. 127) die Unterstützungsdauer der Arbeitnehmer des Baugewerbes mit seinen Hilfsbetrieben und der Baustoffherzeugung in allen Bezirken, in denen der Baugewerbe bisher keine wesentliche Besserung gezeigt hat — das wird zur Zeit für zahlreiche Be-

Wer trägt das Risiko der Wirtschaft?

Von W. Scheinhardt.

Wenn sich im Körper des Menschen eine Störung einstellt, so nennen wir diese Störung Krankheit. Stellt sich in der Wirtschaft eine Störung ein, so nennen wir dieses Krise. Nun ist bekannt, daß die Krankheit in vielen Fällen nur einen Teil des menschlichen Körpers erfasst und dann andere Teile in Mitleidenenschaft zieht. Die Krankheit kann sich aber auch auf den ganzen Körper erstrecken. Die Wirtschaftskrise ist nicht anders als ein krankhafter Zustand der Wirtschaft. Auch hier erstreckt sich die Krankheit in vielen Fällen nur auf bestimmte Zweige innerhalb der Wirtschaft und zieht andere in Mitleidenenschaft. Bei der zur Zeit herrschenden Wirtschaftskrise ist das nicht der Fall, sondern sie hat die Gesamtwirtschaft erfasst. Die schädlichen Wirkungen der Krise auf die Lage der Arbeiterschaft zeigen sich in Form von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Kürzung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Nach der zur Zeit herrschenden volkswirtschaftlichen Lehrmeinung trägt der Unternehmer das Risiko, der Wirtschaftsführung. Wenn dem so wäre, müßte man dem Unternehmer zugestehen, den Betriebsgewinn so zu gestalten, daß er in die Lage versetzt wird, Wirtschaftskrisen leicht überwinden zu können. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber mit aller Deutlichkeit, daß dem nicht so ist. Sie beweisen vielmehr, daß das Risiko in der kapitalistischen Wirtschaft nicht der Unternehmer, sondern zum allergrößten Teil die Arbeitnehmer zu tragen haben. Um das zu erkennen, ist es erforderlich, daß wir einen kurzen Rückblick auf die Wirtschaft der verflochtenen letzten 12 Jahre werfen.

Mit Beginn des Weltkrieges trat sofort für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände eine Steigerung der Preise ein. Die Preissteigerung verschärfte sich mit dem Mangel an Rohstoffen. Mit der Preissteigerung stiegen aber keineswegs die Löhne der Arbeiter und Angestellten. Die Folge für beide Gruppen war: Einschränkung des Bedarfs, also eine schlechtere Lebenshaltung. Eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter sowie der Angestellten trat erst ein, als die Preissteigerung unetraglich geworden war. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten aber die Industrie und der Handel sehr glänzende Geschäfte gemacht. Von einer Einschränkung der Lebenshaltung war für diese Gruppen keine Rede. Die wirtschaftliche Kriegsnote mußte fast ausschließlich von der werktätigen Bevölkerung getragen werden.

Weiter muß aber auch in Betracht gezogen werden, welche Bevölkerungsschicht die Zuspätkommen des Weltkrieges zu bringen hatte. Für Deutschland stellt uns darüber der statistische Nachweis. Nach der vom Österreichischen Staatsamt herausgegebenen Statistik der Kriegskosten in Österreich-Ungarn verteilten sich die Gefallenen ihrer Berufsstellung nach folgendermaßen:

| Berufsstellung | Männliche Erwerbstätige im Alter v. 21—45 Jahren am 1. Januar 1910 | | Gefallene | |
|----------------|--|-------|-----------|-------|
| | absolut | Proz. | absolut | Proz. |
| Selbständige | 1 503 161 | 32,7 | 65 883 | 30,6 |
| Angestellte | 336 039 | 7,3 | 14 465 | 6,7 |
| Arbeiter | 2 755 991 | 60,0 | 135 223 | 62,7 |
| Zusammen | 4 595 191 | 100,0 | 215 571 | 100,0 |

In Deutschland dürfte der Anteil der Arbeitnehmer und Angestellten an der Gesamtzahl der Kriegstoten noch größer sein, als es nach der oben angeführten Statistik der Fall ist. Aber die Statistik zeigt mit aller Deutlichkeit, daß Arbeiter und Angestellte auch hier die größten Opfer bringen mußten. Hier muß auch noch auf die Sterblichkeit der Kinder hingewiesen werden, die infolge der schlechten Ernährung der Arbeitnehmer größer war als in allen anderen Bevölkerungsschichten.

Nachdem die Machtheber des alten kaiserlichen Deutschlands Menschen und Rohstoffe geopfert hatten, kam der militärische und wirtschaftliche Zusammenbruch, dem der finanzielle etwas später folgte. Die Arbeiterschaft, die bisher nur Opfer gebracht hatte, versuchte jetzt einige Forderungen durchzusetzen, insbesondere jene, die in der Rangordnung der Arbeiterforderungen mit an erster Stelle stehen. Das ist die Lohn- und die Arbeitszeitregelung. Der Arbeiterschaft gelang es, die von ihr geforderte achtstündige Arbeitszeit durchzusetzen. Um diesen Fortschritt wieder zu befestigen, versuchten die Arbeitgeber aller Welt glaubhaft zu machen, daß die eingetretene Lernerung und die mit ihr in Verbindung stehende Not eine Folge der Verkürzung der Arbeitszeit sei. Sie verschwiegen absichtlich, daß diese Erscheinung nicht eine Folge der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern eine Folge des Krieges war. Die Arbeitgeber behaupteten, wenn wieder zur zehnstündigen Arbeitszeit zurückgekehrt würde, so seien Arbeitslosigkeit, Lernerung und Not im Volke vorzubereiten. In vielen Betrieben wurde die neun- oder zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt. Auch hier mußte die Arbeiterschaft Opfer bringen.

Ein Betrieb nach dem anderen steht still, die Räder unserer Volkswirtschaft können sich seit Monaten nur noch mit Ach und Krach fortbewegen. Es hört sich an, als hätte jemand einen Haufen Sand in die Maschine geworfen, so daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis sie ganz stillsteht. So schrieb die Deutsche Arbeiterzeitung gegen Ende 1920. Das Risiko der Störungen wurde aber glatt auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Wir wollen hier nur ein Beispiel für viele Tausende anführen.

Der Staatssekretär Prof. Hirsch machte 1920 vor dem Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, der sich mit einem Antrag Willkürs beschäftigte, folgende Ausführungen:

Jüngst erschien ein Schuhwarenfabrikant und verlangte Ausnahmgenehmigung für Gebrauchsschuhwerk. Ihm wurde erklärt, daß solche Ausnahmgenehmigungen mit Rücksicht darauf, daß der deutsche Markt unverfüllt, wohl nicht angängig sei. Darauf erklärte der Fabrikant: "Dann werde ich meine Arbeiter entlassen."

Den inneren Kern der Inflation hatten die Unternehmer bald begriffen. Sie wußten, daß Kreditnehmern ein sehr einträgliches Geschäft war; denn infolge der dauernden Verschlechterung der Marktzahlung...

Die Arbeiterkraft dagegen hat in der Inflation ganz erheblich gelitten. Die Inflation bedeutete für sie Verschlechterung des Gesundheitszustandes infolge schlechter Ernährung...

Der Krieg und die Inflation haben in Deutschland günstige Produktions- und Absatzbedingungen geschaffen. Auch der technisch rückständigste Betrieb warf wieder eine hohe Rendite ab. Gegen die Preisbildung der Erzeuger konnten sich infolge der Warenknappheit die Verbraucher nicht wehren.

Der Hauptleidtragende der Rationalisierung ist der Arbeiter. Er wird von der planmäßigen Überwindung der Krisis durch Technik und Organisation weit stärker betroffen als von der Krise selbst.

Es ist ein hervorragender Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wenn man den letzten der Rationalisierungswörter nicht von der Unternehmerrationalität, sondern ausschließlich von der Arbeiter-Rationalität geredet werden muß.

Das Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Kurssteigerung der Aktien. Die Aktien der J. G. Farbenindustrie steigen. Sie sind das Leitmotiv in dem großen Weisheitsreden, das in den letzten Wochen zwischen den Aktionären der großen Konzerngesellschaften gehalten wird.

Die Dr. Schott Werke, an der Spitze Berlin, sind auf dem Wege, unter den Aktionären die Stellung zurückzugewinnen.

die sie vor dem Kriege einnahmen. Deutschland hat es trotz feindlicher Mißgunst vermocht, sich durch alles Glend hindurchzuringen, es ist aus eigener Kraft erstarkt, und es hat das Vertrauen der Welt wieder gewonnen.

Am Ende des Jahres standen die Aktien der J. G. Farbenindustrie auf 101. In der ersten Junihälfte pendelten die Kurse zwischen 190 und 199. Innerhalb fünf Monaten hat also fast eine Verdoppelung der Aktienwerte der J. G. Farbenindustrie stattgefunden.



Verteilung sie sich rechtzeitig die Wertstücke sichern wollen. Sie kommen aus dem Inlande und Auslande. Französische, belgische, italienische Kapitalisten flüchten Teile ihres Vermögens aus den sinkenden Währungen in die Gewinn und Sicherheit versprechenden Aktien der Farbenindustrie.

In der Steigerung der Börsenkurse drücken sich die Gewinnerwartungen der Aktienkäufer aus. Die Gewinnerwartungen stützen sich auf Gerüchte und Nachrichten, die an der Börse und in der kapitalistischen Handelspresse verbreitet werden.

Je größer ein Unternehmen ist, je weiter ausgebreitet sich infolgedessen seine Wirkungssphäre darstellt und je ausgedehnter dadurch seine Interessen sind, um so mehr hat die Öffentlichkeit Anspruch darauf, über die Verhältnisse orientiert zu sein.

Im Prinzip gehen wir mit der Frankfurter Zeitung einig. Selbstverständlich aus anderen Gründen. Wir sind der Ansicht, daß ein Unternehmen, welches mehr als hunderttausend Vollzeitarbeiter beschäftigt, das seine Blüte der industriellen Verwertung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse verdankt...

Wir können die Nachrichten und Gerüchte über die weitere Ausdehnung der J. G. Farbenindustrie auf ihre Zuverlässigkeit nicht nachprüfen. Wir erachten es aber als unsere Pflicht, sie hier zu registrieren zur Information.

unserer Mitglieder, denn sie haben ein starkes Interesse an der Entwicklung dieses Unternehmens, das mit Einschluß seiner sehr weitreichenden Verbindungen den größten Teil der deutschen chemischen Industrie beherrscht.

Trotz aller Dementis scheint die Projektierung der J. G. Farbenindustrie bezüglich der Schaffung eines zweiten Leuna-Werkes in Mitteldeutschland jetzt festere Formen anzunehmen.

Hiermit scheint wohl das gemeint zu sein, was die Frankfurter Zeitung über den Plan der Errichtung einer großen Kohlenverschmelzungsanlage im Braunkohlenrevier andeutet.

Gutem Vernehmen nach planen auf dem an der Elbe bei Wittenberg gelegenen reichseligen Stickstoffwerk in enger privater Zusammenarbeit die J. G. Farbenindustrie und die Bayerischen Stickstoffwerke, A.G., die Phosphorergewinnung auf elektrischem Wege.

Das war ein hervorragender Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wenn man den letzten der Rationalisierungswörter nicht von der Unternehmerrationalität, sondern ausschließlich von der Arbeiter-Rationalität geredet werden muß.

Nach dieser anscheinend zuverlässigen Information sind weitgehende Strukturveränderungen in der Industrie künstlicher Düngemittel zu erwarten, die insbesondere die Gewinnmöglichkeiten des Ammoniak auf außerordentlich steigern.

beherrscht. Denken wir daran, daß die Oriszheim-Elektron zusammen mit der „Gesellschaft für Linde's Elektromaschinen“ ein fast vollständiges Monopol für die Sauerstoffgas-Produktion geschaffen hat, ferner der starken Einflußnahme auf die Kunstfaser-Industrie sowie die neuerdings aufgenommene Produktion des klopffreien Motorenbetriebsstoffes „Motolin“, dann haben wir den großen Ausdehnungsdruck der J. O. Farbenindustrie flüchtig angedeutet und damit auch zugleich eine der wichtigsten Ursachen der ungeheuren Kurssteigerungen der letzten Wochen und Monate.

Wir können dem kapitalistischen Unternehmungsgeist der leitenden Personen des Amalintustes, der geschickten industriellen Auswertung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse unsere Anerkennung nicht versagen. Wir glauben aber doch betonen zu müssen, daß der wesentlichste Teil ihrer Erfolge auf die gewissenhafte Arbeit der Arbeiter und Angestellten entfällt. Wie die Kurssteigerungen beweisen, erwarten die Aktienkäufer außerordentlich hohe Gewinnerschüsse. Niemand wird behaupten, daß eine moralische Pflicht bestände, diesen eigensüchtigen Erwartungen zu entsprechen. Weit größer hingegen ist das soziale und moralische Recht der Arbeiter- und Angestelltenschaft auf einen größeren Anteil am Produktionsertrag als bisher. Die Arbeiterschaft ist es, die unter der Führung qualifizierter geistiger Arbeiter den Aufschwung des Unternehmens herbeigeführt hat. Sie, nicht die internationale Kapitalistengruppe, die weiter nichts mit dem Werke verbindet als der zufällige Aktienbesitz, die in den Städten des internationalen Kurzes ein schwebeliches Leben führt, hat das moralische Anrecht auf den höheren Betriebsgewinn.

Bis jetzt hat die Arbeiterschaft des Amalintustes von den Erfolgen des Zusammenschlusses und der damit verbundenen Rationalisierung nichts weiter erfahren als eine größere Einsparung von Arbeitskräften, als eine Vermehrung der großen Armee der Arbeitslosen. Kein Brosamen fiel für sie von der reichbesetzten Tafel ab. Der Segen der Wertsteigerung des Unternehmens, den ihr Schweiß, ihre Anstrengung geschaffen, fällt anderen zu. So will es unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung.

An der Arbeiterschaft liegt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß dieses anders wird. Sie muß sich aus der Teilnahmslosigkeit aufrufen, in die sie durch die Wirtschaftskrise gefallen ist. Erlebt sie nicht in dem letzten Jahrzehnt ein Stück wirtschaftlicher Entwicklungs-geschichte in ihrer eigenen Arbeitsstätte, eine geradezu glänzende Demonstration marxistischer Konzentrationstheorie: vom Mittelbetrieb zum Großbetrieb, vom Großbetrieb zur Interessengemeinschaft, zum Riesentrust? Immer kleiner wird die Bedeutung des Einzelnen im Produktionsprozeß. Immer überwältigender wird der kapitalistische Produktionsmechanismus. Was niederdrückende Verhältnisse, schloß der Mikrokosmos des mächtigen Kapitalismus preisgegeben zu sein, kann er sich nur von der Seele wälzen, sein Selbstbewußtsein und seine persönliche Würde wiederzuerlangen, wenn er sich durch den Zusammenschluß in der Gewerkschaft den sozialen Kraftfaktor schafft, der den kapitalistischen Großmächten gleichwertig gegenübersteht und die Verteilung des Arbeitsertrages zu seinen Gunsten erzwingt. G. R.

Die erste Generalversammlung der J. O. Farbenindustrie, Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M.

Die erste Generalversammlung der Aktionäre der J. O. Farbenindustrie, A.-G., die am 10. Juni stattfand, brachte über die Abrechnungen, noch weitere, der Öffentlichkeit erwünschte Aufklärungen. Alles ging nach den Wünschen der Aktionäre. Die Generalversammlung der größten deutschen Aktiengesellschaft war ebenso wie die meisten Generalversammlungen der deutschen Aktiengesellschaften eine rein formale Sache. Der erste Vorsitzende des Ausschusses, Dr. O. Nitzberg, ist noch nicht von seiner Westseite zurückgekehrt, die. wie Geheimerat B. W. J. besetzt, rein privater Natur ist, also mit der Sache nichts zu tun hat. In seiner Stelle führte Dr. W. K. R. den Vorsitz und Geheimerat B. W. J. das Wort. Aus dem Bericht der „Frankf. Ztg.“ entnehmen wir, daß das Stimmrecht der Vorzugsaktien, die vornehmlich in den Händen der Verwaltung sind — auf 4 400 000 RM, Vorzugsaktienkapital entfallen 440 000 000 RM, während auf 841 600 000 RM Stammaktienkapital 641 600 000 RM kommen, mithin hat 1 RM. Vorzugsaktienkapital das gleiche Stimmrecht wie 100 RM. Stammaktienkapital — nicht erwünscht werden soll.

Geheimerat B. W. J. erklärte: Die Tatsache, daß die Auslandsbeteiligung an deutschen Gesellschaften offenbar im Zunehmen begriffen ist, die Begründung sogenannter Investment-Trusts in Amerika und England, bei denen die Anlagemöglichkeiten auch auf Aktien ausgeübt werden sind, und gewisse Bewegungen in den Kursen unserer Aktien würden allein uns noch nicht dazu bestimmen haben, diese Stellung einzunehmen. Wie in der Presse schon verschiedentlich angedeutet, beschäftigen wir uns seit geraumer Zeit mit dem Gebiete der Antikloppmittel und der Herstellung von Kohlenwasserstoffen durch Hydrierung kohlenstoffreicher Ausgangsmaterialien. Diese Arbeiten sind jetzt in ein aussichtsreiches Stadium gelangt und legen damit der Verwaltung die Verpflichtung auf, alle Schritte zu tun, die geeignet sind, die Früchte dieser Arbeit unserer Gesellschaft und der deutschen Wirtschaft in erster Linie zu erhalten, ebenso wie dies für das Stickstoffgebiet notwendig ist.

Im Zusammenhang mit unseren neuen Interessen auf dem Gebiete haben wir uns gemeinsam mit ausländischen Konzernen an der deutschen Gasolin-A.-G. Berlin beteiligt, um auf diese Weise Beziehungen zu den Vertriebsorganisationen auf dem Gebiete herzustellen. Wenn schon im Dezember 1925 die Vorzugsaktienbesitzer sich den Gründen für ein unverändertes Bestehenlassen der Vorzugsaktien nicht verschlossen haben, so kann nach der weiteren Entwicklung der geschäftlichen Verhältnisse vom Standpunkt der Verwaltung und der deutschen Aktionäre aus es heute nicht in Frage kommen, unsere Vorzugsaktien in irgendeiner Weise zu beschränken.

Hier wird also von der Verwaltung bestritten, was wir an anderer Stelle über die neuen Gewinnmöglichkeiten der J. O. Farbenindustrie, A.-G., über die Ursachen der Kurssteigerungen gesagt haben. Ein kritisch eingestellter Aktionär kritisierte, daß der Geschäftsbericht nicht die Möglichkeit gebe zur Unterbreitung über die Geschäftsziele und Finanzlage und über die Entwicklung der Produktion. Auch über die Zukunftspläne fehlte jeglicher Hinweis. Er verlangte eine Spezialisierung der Posten des Gewinns und Verlustkontos nach den einzelnen Produktionszweigen, eine Folge der Abschreibungen, Angaben über besondere Zuschüsse, nähere Mitteilungen über die Posten der Bilanz, besonders über die Bankschulden, die in den laufenden

Verbindlichkeiten enthalten sind. Angaben über die Außenstände, ob im In- oder Auslande, ziffernmäßige Angaben über die Befestigungen, eine Unterbreitung, welche Befestigungen nach dem Zusammenhang neu erfolgt sind und welche gelöst wurden, welche Befestigungspläne vorliegen, welche Verträge mit den in- und ausländischen Industrien abgeschlossen sind, ob die Abtät besteht, die Aktien der ausländischen Märkten zugänglich zu machen, welche Betriebsumstellungen geplant sind, wie sich die Fusionen beim Personalbestand ausgewirkt haben, ob weitere Einschränkungspläne vorliegen, wie es mit der geplanten Rentabilitätskalkulation sieht aus. Vom Vorstand wurde ihm geantwortet, daß die Verwaltung es ablehnen müsse, die vielen Fragen des neugierigen Aktionärs zu beantworten unter Hinweis darauf, daß die J. O. in schweren Preiskämpfen mit dem Auslande stehe und sich die ausländische Konkurrenz während des Krieges und nachher auf dem Weltmarkt außerordentlich vergrößert habe. Damit war der kritisierte Aktionär noch nicht zufrieden und regte eine Vertagung der Versammlung an, bis die Verwaltung sich zu entsprechenden Aufklärungen bereit fände. Auf Befragen der Versammlung erklärte sich diese mit der Unterbreitung der Beantwortung der gestellten Fragen einverstanden. Ein anderer Aktionär forderte die Ausschüttung höherer Dividenden und bezog sich dabei auf die 25- und 30prozentigen Vorkriegsdividenden.

Ein anderer Aktionär nahm sich der Angelegenheiten an und forderte eine gleichmäßigere Verteilung der Gratifikation an sämtliche Angestellten, während diesmal nur ein kleiner Teil berücksichtigt worden sei. Er fragte außerdem, wie sich die Verwaltung zu den früher gezahlten Prämien stelle und ob nicht eine weitere Zulassung an die Pensionskasse erfolgen solle. Dazu erklärte Geheimerat B. W. J., daß die Pensionskasse bereits 43 Millionen RM. enthalte und einwillen nicht beansprucht würde, weil die laufenden Aufwendungen für den Betrieb verrechnet würden. Demnach ist die 43 Millionen RM. enthaltende Pensionskasse weiter nichts als eine Art buchmäßiger Reservefond, eine Schaufensterattrappe der sozialen Fürsorge der Gesellschaft. Bezüglich der Prämienfrage erklärte Geheimerat B. W. J., daß sie durch die Leistungslosgelöst sei. Die Verwaltung halte es nicht für wünschenswert, zur Aufmunterung zu den Prämien zurück zu kehren. Der Aktionär, der weitgehende Aufklärung über den Geschäftsgang verlangt hatte, kritisierte dann noch die Personalpolitik der J. O., die ungesund sei und weitgehende Unzufriedenheit auslöse. Die Konzentration der Verkaufsgebiete sei wohl angebracht, es müßten ihnen aber technische Spezialisten beigegeben werden. Dadurch ließe sich wohl verhindern, daß im Auslande Kampfpresse festgesetzt würden, die bis zu 80 Prozent unter den deutschen Preisen liegen. Soweit aus dem Bericht ersichtlich ist, bezog sich die Aussprache nur auf die Personalpolitik der J. O. gegenüber den Angestellten. An die 70- bis 80 000 Arbeiter, deren Tätigkeit doch hauptsächlich den ungeheuren Mehrwert schafft, den die Generalversammlung der Aktionäre verteilen konnte, hat kein Aktionär gedacht. Keiner, der die hohen Dividenden einbringenden Aktionäre hielt es für nötig, die Stellungnahme der Werkleitungen zu kritisieren, die es verschuldete, daß im vorigen Jahre zehntausende von Arbeitern viele Wochen lang um ein paar Pfennige Lohnzulage streiken mußten. Kein Aktionär rügte die verhältnismäßige Niedrigkeit der Arbeiterlöhne. Von solchen Dingen spricht man auf der Generalversammlung der J. O. Farbenindustrie, A.-G., nicht. G. R.

Konzernbildung in der Linoleum-Industrie.

Die bisher schon in einem Kartell vereinigten fünf Linoleumfabriken, die Germania-Linoleumwerke A.-G., Bietigheim, Linoleumfabrik Maximiliansau A.-G., Bremer Linoleumwerke A.-G., Schlafelmarke, Deutsche Linoleumwerke Hansa, Bremen, und Vemenhorster Linoleumwerke Ankerwerke, Bremen, haben nunmehr eine Interessengemeinschaft mit Gewinnpolung und wohl auch gemeinsamen Geschäftsführung geschlossen. Als einziger Außenbeleg besteht nur noch die Rheinische Linoleumwerke-Berburg-A.-G. Schon bisher waren die Gesellschaften durch gegenseitigen Kapitalbesitz eng miteinander verflochten. Die fünf Gesellschaften verfügen zur Zeit über ein Aktienkapital von 31,293 Millionen Reichsmark gegen 17,0 Millionen Reichsmark 1913. An offenen Reserven sind 5,38 Millionen Reichsmark vorhanden. Die Anlagevermögen standen Ende 1925 mit 23,28 Millionen Reichsmark zu Buch. An Dividenden verteilten die Germania-Linoleumwerke A.-G. in Bietigheim 15 Prozent, die übrigen Gesellschaften der Interessengemeinschaft je 12 Prozent auf die Stammaktien für das Geschäftsjahr 1925. Ein weiteres Beispiel für die fortschreitende Konzentration des Kapitals in der Linoleum-Industrie ist der Vertrag, den die Germania-Linoleumwerke A.-G. in Bietigheim mit der Gruppe Köln-Rottweiler Pulverfabriken, A.-G., abgeschlossen hat. Diese Gesellschaft produziert ein dem Linoleum angebüch fast gleichartiges Erzeugnis „Prisma“, worauf auch die Germaniawerke das Fabrikationsrecht haben sollen. Auch hier streift die Kapitalkonzentration immer weiter vor sich. Sie bedeutet eine Aufforderung an die Arbeiterschaft, das gleiche auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Konzentration zu tun. G. R.

Der Siegeszug der Kunstspinnfaser.

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Presse mit einer neuen Kunstspinnfaser, die den Namen Kunstwolle erhalten hat. Der Name ist geeignet, falls die Vorstellungen zu erwecken, denn bisher wurde unter Kunstwolle eine Spinnfaser verstanden, die aus alten Geweben hergestellt war. Bei der jetzigen Kunstwolle handelt es sich jedoch um eine künstliche Faser, die ähnlich der Kunstseide aus Zellulose hergestellt wird und verwandte Eigenschaften der Wolle aufweist. Der Faden wird wie Wolle gekräuselt, ist im Aussehen und Gefühl der echten Wolle gleich, so daß der Laie einen Unterschied zwischen Naturwolle und Kunstwolle nicht machen kann. Jacoff wurde Kunstwolle aus Baumwolle hergestellt, die mit konzentrierter Salpetersäure behandelt wurde. Infolge des hohen Preises der Salpetersäure konnte sich das Verfahren nicht einbürgern. Nach einem anderen Verfahren wurde nicht mehr Baumwolle, sondern Jute verwendet, die mit Atranon unter Zusatz von Natriumpersulphat und D. behandelt wurde. Die so gewonnene Kunstwolle war nur von erfahrenen Fachleuten von echter Wolle zu unterscheiden. Auch dieses Verfahren wurde industriell nicht angewendet.

Erf in neuerer Zeit stellt die italienische Gesellschaft „Enia Viscosa“ Kunstwolle in größerem Umfange her. Das Verfahren wird geheim gehalten. Es steht aber fest, daß die verwendete Zellulose aus Pappelholz gewonnen wird und mit Atranon aufgeschlossen und mit Schwefelkohlenstoff weiterbehandelt wird. Die so gewonnene Viskose wird ähnlich wie die Kunstseide verarbeitet. Ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Kunst- und Naturwolle besteht darin, daß sich die Kunstwolle nicht verfilzen läßt. Die einzelnen Kunstwollfäden besitzen eine glatte Oberfläche, während die Faser der Naturwolle mit mikroskopisch kleinen Schuppen bedeckt ist, die sich beim Verfilzen fest verfilzen.

Die Naturwolle besitzt aber gegenüber der Kunstwolle einen wesentlichen Vorzug. Sie leitet die Wärme sehr schlecht und schützt dadurch den Körper gegen zu starke Wärmeabgabe nach außen und hält auch die von außen eindringende Kälte vom Körper ab. Diese Eigenschaften ist der Kunstwolle nur in geringerem Maße eigen. Trotzdem rechnen die Fachleute damit, daß sich die neue Kunstwollfaser sehr viel schneller durchsetzen wird, als es der Kunstseide möglich war. Die Verwendungsgebiete sind eine sehr große. Die schlechte Wärmeleitung der Naturwolle wird vor den Kaufmann weniger in Rechnung gestellt, wenn das Kunstprodukt sich ebenso wenig anfeuchtet und mindestens ebenso schon gefärbt ist wie Naturwolle.

Die Kunstwollfaser läßt sich aber außerordentlich leicht und vielseitig färben, so daß sie auf diesem Gebiete der Wolle überlegen ist.

Die heutige Zollpolitik der Industriestaaten steht der Ausbreitung der Kunstwolle hindernd im Wege. Die „Enia Viscosa“ ist deshalb bereits dazu übergegangen, im Ausland Fabriken zu gründen. Als erstes Unternehmen ist die „British Enia Viscosa Limited“ in Großbritannien errichtet worden. Die Produktion hat bereits begonnen. Es wird ferner von einer deutschen Gründung, der „Ultra-Faser A.-G.“, die ein Aktienkapital von 20 Millionen Reichsmark besitzen soll, berichtet.

So eröffnet die chemische Wissenschaft fortgesetzt neue Aussichten. Der Siegeszug der Kunstseide hält in den letzten Jahren die ganze Kulturwelt in Atem. Auf einem Seitenwege ist man zur Kunstwolle gegangen, die unseren ist, die verhältnismäßig teure Wollkleidung wohlfeil zu ersetzen. Ob jedoch die Holzbestandteile der Wollfaser den Bedarf an Zellulose zu decken vermögen, ist eine offene Frage, die sich in den nächsten Jahrzehnten entscheiden wird. G. R.

Eine neu entdeckte Berufskrankheit.

Dem „Vorwärts“ vom 22. Mai d. J. entnehmen wir, daß in Amerika sieben Fabrikarbeiterinnen, wie von einer rätselhaften Epidemie dahingerafft, gestorben waren. Drei weitere Arbeiterinnen waren lebensgefährlich erkrankt. Die Mädchen litten an auffallender Blässe und Müdigkeit; später bildeten sich äußerst schmerzhaft absehbare und peinoleses Dabinstechen. Die Ursache der Krankheit konnte nicht festgestellt werden.

Ein Zahnarzt, der eines der Mädchen wegen Zahnschmerzen in Behandlung gehabt hatte, stellte einen rätselhaften Knochenschwund am Unterkiefer seiner Patientin fest. Schließlich erlag das Mädchen der stets weiter um sich greifenden Krankheit. Es fand die Sektion der Leiche statt, welcher der Zahnarzt beizuhilfen. Dieser machte die überraschende Entdeckung, daß einige Kieferknochenreste im Dunkeln-Licht ausstrahlten. Die Sektion führte darauf, die Ursachen der Erkrankung in der Beschäftigung des Mädchens zu suchen, die in der Fabrik damit beschäftigt war, an Latzennudeln die Ziffern durch Bestreichen mit Radiumfarbe leuchtend zu machen. Die Farbe wird mit einem Pinsel aufgetragen. Um den Pinsel für die feine Arbeit recht spitz zu formen, haben die Mädchen die Pinselspitze zwischen den Lippen gedreht. Dadurch wurde die Radiumfarbe in den Körper eingeführt und erzeugte die verheerenden Krankheiten.

Diese Fälle beweisen wieder, daß durch den Umgang mit Chemikalien Krankheiten erzeugt werden, deren Ursache meist erst sehr spät durch Zufälligkeiten erkannt wird. Auch in Deutschland ist uns bekannt geworden, daß Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit Leuchtfarben umgehen, über allgemeines Unwohlsein klagen. Es ist Aufgabe der Ärzte, Umschau zu halten, ob in diesen Fällen ebenfalls Radium die Ursache der Krankheiten ist, damit schnellstens Abhilfe geschaffen werden kann. Aber Sterbefälle unter so eigenartigen Bedingungen wie oben angegeben, ist uns in Deutschland noch nichts bekannt geworden. G. R.

Achtung, Kassarbeiter!

Die bis zum 1. Mai 1926 auf dem Kalkwerk Heiligenroda in Vornsdorf (Rhön) beschäftigten gewesen und insoweit vorübergehender Stellung dieses Werkes entlassenen Kassarbeiter haben einen Anspruch auf Hausstands- und Kindergeld für die Urlaubstage. Dies ist gelegentlich der Auszahlung der Fertizentage bei der Entlassung nicht berücksichtigt. Wir haben die Auszahlung dieses Geldes vor der Kalk-Bezirkschlichtsstelle Eisenach verlangt. Diese hat einen Vertretungsvorschlag gemacht, der darin geht, daß der Vertretung empfohlen werden soll, dieses Geld nach zu zahlen. Dieser Vorschlag ist angenommen. Ansprüche können also bei den Werken geltend gemacht werden. G. R.

Die Pleite der Leuna-Gelehen.

Unter den Bekanntmachungen des Amtsgerichts Merseburg befindet sich in den letzten Wochen auch folgende: Über das Vermögen des Werkvereins des Ammoniakwerkes Merseburg ist heute das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter Dr. Schröder in Merseburg. Anmeldefrist bis 5. Juli 1926. Erste Gläubigerversammlung am 12. Juni 1926, vormittags 10 Uhr. Offener Arrest und Anzeigepflicht bis zum 30. Juni 1926. Merseburg, den 1. Juni 1926. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Damit ist die gelbe Organisation im Leunawerke zu Grabe getragen. Es scheint so, als ob die Unternehmung es nicht mehr als zweckmäßig ansehen, die gelbe Werkereibewegung zu unterstützen. Diese großschlachlige Methode, den gewerkschaftlichen Willen der Arbeiterschaft zu zerstückeln, scheint sich aber nicht zu haben. Aber täuschen wir uns nicht: Das Unternehmerum ist dabei, bessere, feinere Methoden zu erfinden, um den Aufstieg der Gewerkschaften zu hemmen. G. R.

Papier-Industrie

Ein durchsichtiges Mandat.

Die Leitung der Papierfabrik in Zell a. H. in Baden hatte voriges Jahr den Antrag gestellt, von der Ortsklasse C des badischen Lohnvertrages in die D-Klasse versetzt zu werden. Eine Einigung wurde nicht erzielt und das Tarifamt, das von Arbeitgeberseite angerufen wurde, falls den Spruch, daß während der Dauer eines Lohnvertrages eine Änderung der Ortsklassen nicht erfolgen kann. Im letzter zum Ziele zu kommen, trat die Fabrik auf Jahresabschluss 1925 aus dem Arbeitgeberverband aus und machte zwei Wochen vor Jahreschluss durch Anschlag ihren Arbeitern bekannt, daß ab 1. Januar 1926 nur noch die Löhne der Ortsklasse D bezahlt werden, was im Ecklohn 2 1/2 Pf. in der Stunde weniger bedeutete. Die Betriebsleitung erklärte sich dabei zunächst auf die Aufgabe, daß der Gesamtarbeitsvertrag für die Papierindustrie nicht allgemein verbindlich erklärt worden war und daß sie durch Austritt aus dem Arbeitgeberverband völlig freie Hand habe. Da größere Hinweise nicht nützlich und mit dem Betriebsleiter Dr. Weinberg eine ordentliche Verhandlung überhaupt nicht zu führen ist, wurde zunächst von fünf Arbeitern Klage beim Amtsgericht Oegenbach erhoben, und zwar auf Lösung des alten Tariflohnes. Bei einem Arbeiter gelang es Dr. Weinberg, der mit den schlimmsten Drohungen arbeitete, ihn zur Zurücknahme der Klage zu bewegen. — Die Gerichtsverhandlung gestaltete sich höchst interessant und zwar deshalb, weil die aus dem Arbeitgeberverband ausgestretene Firma vom Syndikat des Verbandes Bad. Papierindustrieller vor Gericht vertreten wurde. Ein Vorgang, der sich kaum irgendwo anders ereignen dürfte, wenn nicht der Austritt nur zum Schein überhaupt ordnungsgemäß erfolgt sei. In einer zweiten Verhandlung wurde dann vom Syndikat Jehrenbach der Austritt der Firma schriftlich nachgewiesen, ohne daß damit unsere Zweifel, daß das Organ nur ein Mandat sei, behoben wurden. Bei den Verhandlungen arbeiteten die Beklagten krüppelisch mit farblichen Unmöglichkeiten, besonders Herr Jehrenbach, und sie waren auch felsenfest davon überzeugt, daß ihnen niemand an den Wangen fahren würde. Aber es kam anders, als sie glaubten. Dem ersten und für uns klaren Sachverhalt mußte das Amtsgericht Oegenbach durch folgendes, am 31. Mai verkündetes Urteil Rechnung tragen. Nach den vorgelegten Urkunden kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Beklagte ordnungsgemäß mit Ablauf des

31. Dezember 1925 aus dem Arbeitgeberverband ausgeschlossen ist und das dies nicht zum Schein erfolgt ist. Wie das Gutachten des Landgerichtsdirektors Dr. Reiss, dem das Gericht in übereinstimmiger mit den Parteien folgt, überzeugend darlegt, war die Beklagte vom 1. Januar 1926 ab berechtigt, das Arbeitsverhältnis, das zwischen ihr und den Klägern besteht, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 14 Tagen zu kündigen und neue Löhne entweder durch Einzelverträge oder durch einen Lohnvertragsvertrag mit der Arbeitnehmerorganisation zu vereinbaren. Dagegen hatte sie infolge ihrer Zugehörigkeit zum Arbeitgeberverband am 15. Dezember 1925 nicht das Recht, den Lohnvertragsvertrag mit sich gegenüber dem Kläger auf 1. Januar 1926 zu kündigen. Diese Kündigung ist rechtlich nicht wirksam. Die Beklagte ist demnach verpflichtet, den Klägern die bisherigen Löhne weiterhin auszubahlen, sie war deshalb zur Zahlung der eingeklagten Beträge, deren Höhe an und für sich nicht bestritten ist, zu verurteilen...

Das hatten die Beklagte und ihr Vertreter, Syndikus Fehrenbach, nicht erwartet. Dr. Weinberg hat auch nach der Verkündung des Urteils dessen Begründung gar nicht abgewartet, er hat das Gerichtsflokal fluchtartig verlassen und sich mit seinem Auto zu Papierfabrikant Köhler in Vengdenbach begeben. Dieser ist noch Mitglied des Arbeitgeberverbandes, und diese intime Freundschaft zwischen einem Mitglied, einem Ausgetretenen und dem Verbandsyndikus beweist, was mit diesem Manöver geplant war. Die Fabrik Zell a. H. mußte aus dem Arbeitgeberverband austreten, trotz des Austrittes leistete der Syndikus aber weiter Rechtsbeistand. Gelang der Plan, dann war der Weg frei, um auch in Vengdenbach und Hornberg die Ortsklasse D einzuführen zu können. Dr. Weinberg und dem Syndikus Fehrenbach ist deshalb dieser wohlverdiente Rettnung zu gönnen. Vielleicht trägt dieser dazu bei, daß Dr. Weinberg sich endlich einmal angewöhnt, den Arbeitern die Behandlung zu lassen, die sie als Menschen mit Selbstachtung beanspruchen. Syndikus Fehrenbach aber wird vielleicht ein zweites Mal einen Außensteifer sich selbst überlassen, denn Vorbeeren sind dabei nicht zu holen. Eine Berufung auf den Rechtsanwalt* trifft in diesem Falle daneben. *L. Wörner.*

Industrie der Steine und Erden

Wahrheit und Klarheit über die diesjährige Tarifbewegung in der Ziegelindustrie Rheinland-Westfalens.

Unter dieser Parole hatte der Vertreter des Christl. Fabrik- und Transportarbeiterverbandes, Baumgart, am 13. d. M. zu einer öffentlichen Zieglerversammlung in Dortmund aufgerufen. Auch die örtlichen Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter waren geladen, die ihrerseits auch ihre Mitglieder dazu aufgerufen hatten. Daß ausgerechnet Baumgart, dessen dauernder Kriegszustand mit der Wahrheit überhaupt bekannt ist, Wahrheit und Klarheit versprach, löste bei den Ziegler eine tragikomische Wirkung aus. Schon die Eröffnung der gubelndsten Versammlung durch Baumgart bedeutete einen glatten Bruch der Wahrheit. Er hatte den Vertretern des Verbandes der Fabrikarbeiter volle Redefreiheit zugesichert. Durch ein raffiniert ausgeklügeltes Programm wollte er sich dieser Zusicherung entziehen. In einer Geschäftsbordungsdebatte wurden seine Karten aber aufgedeckt. Sein Referat richtete ihn selbst. In gewandener Weise bemühte er sich, seine unübersehbar faktischen Fehler in der letzten Tarifbewegung als Missetat gewerkschaftlicher Taktik hinzustellen und sich zum Helfen und Mätyrer der Ziegler zu stemmen. Seine Ausführungen bewegten sich auf der an diesem Reberer gewohnten Linie, d. h., sie waren nicht sonderlich hoch. Persönliche Adresssprüher gegen Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter und gegen die — auf Grund vernünftiger Erkenntnisse — von dem Gewerksverein abgewichenen Ziegler und deren Führer lagen ihm näher als eine objektive Verteidigung seines Verhaltens im letzten Tarifkampf.

Unter lebhaftem Beifall der aufmerksam gewordenen Versammlung machte er sich von unserem Kollegen Elzner bittere Wahrheiten sagen lassen. Erst durch die Ausführungen des Kollegen Elzner konnten die Ziegler ein objektives und logisches Bild über die Voraussetzungen und die Entwicklung der letzten Tarifbewegung bekommen. Einwandfrei ergab sich, daß Baumgart unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Disziplin und Moral und ohne den Willen der gesamten Ziegler abzuwarten, voreilig seine Zustimmung zu dem Vorschlag des VAM (67 Pf. in der Spitze) gegeben hatte. Damit hat er sich nicht nur in Widerspruch zu seiner Zentralleitung und zu dem Verband der Fabrikarbeiter gesetzt, sondern er hat die Einigkeit der Ziegler untergraben und damit gleichzeitig die Verhandlungen für die rheinische Ziegelindustrie verschlagen. Unter solchen Umständen war ein besseres Resultat, als es sich in der endgültigen Verhandlung am 2. 6. 1926 ergab, kaum zu erwarten gewesen. Unter lebhaftem Beifall erklärte der Kollege Elzner, daß ein derartiges Verhalten, wie es Baumgart an den Tag gelegt hat, nur die Beendigung seiner gewerkschaftlichen Laufbahn zur Folge haben könne. Mit der Nachricht, daß durch den Verbandsratsbeschluss der Glasarbeiter nunmehr der streikfähige Bund zur Laube geworden sei, und daß auch durch die kreisfähigen Bemühungen des Gewerksvereins die Einheitsorganisation der Ziegler nicht aufgeklopft werden könne, löste er stürmische Begeisterung unter den Teilnehmern der Versammlung aus.

Nachdem der Kollege Guadlach noch eine Reihe von Unwahrheiten Baumgart's festgestellt hatte, wurde ihm das Wort entzogen, weil Baumgart, der inzwischen schon das zweite Referat gehalten hatte, auch noch das dritte Wort haben wollte. Die Ziegler aber hatten die Nase voll. Als Baumgart wieder das Wort ergreifen wollte, erhoben sie sich einmütig von ihren Plätzen und entfernten sich unter einem donnernden Hoch auf den Rheinischen Bund in den Verbandsrat der Fabrikarbeiter Deutschlands! Der Abschluß der Versammlung, der aus noch einer Reihe von Nebenbeschäftigungen und Unterbrechungen brach, war der beste Beweis dafür, daß die Ziegler die Zerstückelungsarbeit des Gewerksvereins endgültig ablehnen. *G.*

Unternehmer-Sozialpolitik.

Bezeichnend für die soziale Auffassung mancher Unternehmerränge ist der Inhalt nachfolgender Bekanntmachung, die was in weitestmöglicher Abstrich verriecht.

Bekanntmachung.

Hiermit mache ich bekannt, weil ich von der Arbeiterschaft gegungen werde, da angeblich mehr als 10 Prozent der Arbeiterschaft krank seien, alle Arbeiter, welche länger als 3 Tage krank feiern, dessen Stelle neu zu besetzen und derselbe somit seine Stelle verlustig geht und entlassen ist. Sollte jedoch hierauf eine Stelle wieder offen werden und der Mann gesund sein, so bin ich gewillt, denselben wieder einzustellen. *Padelborn, den 21. Mai 1928.*

Hr. Jement- und Kafferverk. G. m. b. H.,
Solektion Padelborn.

Diese Bekanntmachung wurde erst unter dem Eindruck der Kafferverk. abgegeben. Diese Bekanntmachung ist falsch. Sie stellt kein Kafferverk. dar, sondern ist ein Beispiel kafferverk. Kafferverk. des deutschen Unternehmerranges aus der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Ständige Forderung des Wohnungsbau.

Der Preussische Landtag hat am 31. Mai ein Gesetz beschlossen, wonach 124 Millionen Mark Kreditmittel zur Förderung des Wohnungsbaues bereitgestellt werden. Es sollen Darlehen an Hypothekendarlehen und ähnliche Institute auf die Dauer von zehn Jahren als Zwischensumme für erste Hypotheken gewährt werden. Man hofft dadurch neben der Förderung des Wohnungsbaues auch eine Belebung des Baugewerkes, der Bauhilfsberufe und der Holzindustrie, um damit eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu erreichen.

Betriebsratwesen.

Es wird ja doch nichts erreicht.

Eine der häufigsten Einwendungen der Arbeiter gegen den Anschluß an den Verband besteht in der Nebenart: „Es wird ja doch nichts erreicht“. Auch unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wird oftmals in derselben Weise geredet, und in die Erfolgsmöglichkeiten einer organisierten Belegschaft werden Zweifel gesetzt. Bei den neuangeworbenen Mitgliedern hört man diese Redewendung noch öfters, und sie bedenken gar nicht, daß sie selbst durch solche unsinnige Redensarten mit dazu beitragen, den Erfolg zu verkleinern, den Gegner widerstandsfähiger zu machen und dadurch manchmal sogar einen Erfolg in Frage zu stellen. Das neuangeworbene Mitglied kommt ja in der Regel mit großen unerfüllbaren Hoffnungen in den Verband. Nach ganz kurzer Zeit steht es aber das gesteckte Ziel als unerreichbar. Es kehrt dem Verbands wieder den Rücken. Ausdauer und Beharrlichkeit sind aber die Vorbedingungen, die jeder Gewerkschafter, der Kämpfer sein will, haben muß. Vielen ist der Weg zu lang, der zum Ziele führt, sie werden müde und verlieren den Glauben an die Kraft der Organisation. Von demselben Gesichtspunkte aus beurteilt man die Tätigkeit der Arbeiterräte in den Betrieben. Die täglichen Kleinarbeiten, die oftmals für jeden einzelnen dort geleistet werden, wo man taugendlang darüber verhandelt, um zum Ziele zu gelangen, sind Achtungserfolge, die sich von Woche zu Woche, von Monat zu Monat fortsetzen, und verfolgen mit Rückschauend auf ein Geschäftsjahr diese dauernde mühevollen Arbeit, die nur von den Willen getragen ist, die Belegschaft finanziell besserzustellen, sie vor Gefahren zu schützen, ihre Gesundheit zu fördern und ansteckende Krankheiten von den Familien fernzubalten, so kann man nicht zu der Auffassung kommen, es nützt ja doch nichts oder es wird nichts erreicht, sondern man muß sich eigentlich wundern über die Lafrast und Beharrlichkeit, die von allen Beteiligten an den Tag gelegt worden ist. Um einen Überblick über die Tätigkeit der Arbeiterräte zu bekommen, haben wir den Arbeiterrat der Farbwerke W. H. Gossfeld in A. Ehrenfeld aufgefordert, uns einen Tätigkeitsbericht über das vergangene Geschäftsjahr zuzustellen. Einmal ist es für die Zahlstellenleitung sehr wertvoll, darüber bis in alle Einzelheiten hinein orientiert zu sein, und die Verbandsmitglieder werden ein viel größeres Interesse zeigen und ganz anders in die Tätigkeit des Arbeiterrats urteilen, wenn sie am Jahresabschluss sehen, welche segensreiche Tätigkeit der Arbeiterrat in Verbindung mit der Verbandsleitung ausgeübt hat, und auch für die Rätegeher und Interessierten gibt der Bericht Anregungen, darüber nachzudenken, ob ihre Einstellung zum Arbeiterrat und zu dem Verbands immer die richtige war. Beim aufmerksamen Lesen dieses Berichtes werden die Kollegen und auch deren Frauen erfahren, daß es nicht nur etwas nützt, sondern in gemeinsamer Arbeit sehr wesentliche Vorteile erredet worden sind. Lassen wir nun den Berichterstatter selbst sprechen:

1. Nachzahlung der Prämie für die 10. Arbeitsstunde vom Januar bis Mitte August 1925.
2. Erhöhung der Staubzulage von 1 bis 2 Pf. pro Stunde (teilweise auf 3 Pf. gesetzt).
3. Samstag wird eine Stunde vergütet für den ganzen Betrieb, als Entschädigung für Nacharbeit.
4. Für die Arbeiter der Fabrik wurde eine Lohnerböhung von 4 Pf. pro Stunde erzielt.
5. Die Kanalreinigungsgeld wurde um 100 Prozent erhöht (von 50 Pf. auf eine Mk.).
6. Beim Waggonabladen wurde die Prämie von 25 Pf. auf 2.50 Mk. erhöht.
7. Beim Waggonabladen in der Chemischen Abteilung wurde eine Prämie von 3 Mk. bei 15 Tonnen und bei 20 Tonnen eine von 5 Mk. eingeführt.
8. Alle jugendlichen Arbeiter erhalten den Lohn der Gruppe II der Vollarbeiter.
9. Alle Arbeiter, bis auf zwei Schwerkriegsbeschädigte, wurden in die Gruppe II versetzt, statt Gruppe I.
10. In drei Fällen wurde die Kopfzulage nach dem Härteparagrafen bewilligt und gezahlt.
11. In einigen Fällen wurde durch Vorsehrung des Arbeiterrats den Arbeitern eine einmalige Notunterstützung bis zu 30 Mk. gewährt.
12. In mehreren Fällen wurde die ausgesprochene Entlassung zurückgenommen.
13. Durch den Arbeiterrat wurde die Arbeitsfreizung um drei Monate zurückgestellt.
14. Das Aussehen der Arbeiter wurde besser und gerechter gehandhabt, als dies früher der Fall war.
15. Durch Vorsehrung des Arbeiterrats wurden 30-40 Arbeiter wieder eingestellt und erhielten wieder Brot.
16. In sehr vielen Fällen wurde den werksunfähigen Arbeitern und Entlassenen der Lohn für den bald zuffehenden Urlaub ausbezahlt.
17. Sonntags wurde in der Chemischen Abteilung die Arbeitszeit von 7 Uhr auf 3/4 Uhr gekürzt.
18. Den Arbeitern der Chemischen Abteilung wurde durch Vorsehrung alle 14 Tage ein Stück Kernseife mehr ausgegeben.
19. Durch Vorsehrung erhalten die Arbeiter der Farbfabrik jede Woche einen reinen Anzug.
20. Durch Vorsehrung werden den Arbeitern jetzt Lederhülsen statt alte Säcke gestellt, außerdem Holzschuhe und teilweise Mühen, dann wöchentlich ein Betriebsbandtuch zum Abtrocknen der Hände zu den anderen Handtüchern.
21. Den Arbeitern der Raffiniererei wird alle 14 Tage ein Stück Kernseife mehr gegeben zu dem halben Kilo Schmierseife. Außerdem werden jetzt die Handtücher in der Woche zweimal gewechselt, statt sonst einmal.
22. Schuhe und Hosen für schmutzige Kleider sind erneuert worden.
23. Es wurde erreicht daß jetzt jeder Arbeiter der Raffiniererei außer einem C- und einen Kaffien zum Aufbewahren der schmutzigen Kleider und Schuhe hat.
24. Durch Vorsehrung des Arbeiterrats wurden jedem Arbeiter der Raffiniererei zwei Arbeitsanzüge gegeben, welche jetzt abwechselnd gewaschen werden können.
25. Klosetts und Badeanstalt werden jetzt öfters gereinigt und sauberer gehalten als früher.
26. Durch Vorsehrung des Arbeiterrats wurden in der Chemischen Abteilung und auch in der Raffiniererei neue Bekleidung angelegt zum allgemeinen Wohl der Arbeiter. Auch werden die Gesetze verbessert.
27. Überstunden werden jetzt nur noch mit Genehmigung des Arbeiterrats gemacht.
28. Die Arbeiterratsmitglieder haben jetzt jede Woche eine Stunde frei zur Entgegennahme der Wünsche der Arbeiter.
29. In der Chemischen Abteilung haben jetzt durch Vorsehrung des Arbeiterrats fast alle Arbeiter wöchentlich zweimal eine halbe Stunde frei zum Baden, statt früher nur Sonntags.
30. In sehr vielen Fällen wurde durch Vorsehrung des Arbeiterrats Vorsehrung bis zu 40 Mk. gewährt, welcher in kleinen Raten abgezahlt wurde.
31. In den Unfallberichten wurden durch Mitwirkung des Arbeiterrats verschiedene Verbesserungen eingeführt.
32. Auch wurde erreicht, daß vor den Feiertagen, wie Ostern, Pfingsten und Weinachten, Samstags 2 Stunden früher Feierabend gemacht wird.
33. Auch wurde durch Vorsehrung des Arbeiterrats ein neuer Speisefaal für die Grünfabrik und einer für die Handwerker angelegt.
34. Auch wurden verschiedene neue Essen für die Arbeiter angefertigt.

Der Arbeiterrat
der Farbwerke W. H. Gossfeld, Köln.

Bei den hier angeführten 34 Punkten hat die Verbandsleitung in 26 Fällen mitgewirkt. In mehreren Fällen war es notwendig, das Hauptparlament in Berlin und in mehreren Fällen das Bezirksparlament in Köln zur Entschloßung anzuregen. Der Rest ist durch

britische Verhandlungen erledigt worden. Ungeheuer groß sind die Aufgaben, die wir noch in den Betrieben zum Schutze der Arbeiter und der ihnen zustehenden Rechte zu erfüllen haben. Sehr vieles ist noch zu verbessern. Deshalb sollen wir die praktische Anwendung daraus ziehen, daß mit unüberlegten Redensarten die Bewegung und damit das Fortkommen der Arbeiterschaft nicht gefördert werden kann, sondern volle Anerkennung der bis jetzt geleisteten Arbeit, volle Anerkennung der Kleinarbeit unserer Funktionäre, nur dann werden sich die Massen zusammenfinden in dem Bewußtsein zu gemeinsamer und fruchtbringender Arbeit. *P. Hertwig.*

Wirtschaftliches.

Mehr zollfreies Gefrierfleisch nach Deutschland.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsring haben am 2. Juni an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet, in der sie die Erhöhung der Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches fordern. Die Eingabe ist gleichzeitig dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister zur Kenntnisnahme zugegangen.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes über Zolländerungen ist Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen. Durch diese Bestimmung, im Rahmen der bisherigen Einfuhr war die Möglichkeit gegeben, diejenige Menge als Maßstab zugrunde zu legen, die in den letzten Monaten vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden war. Das Reichsernährungsministerium hat aber als Maßstab die geringere Menge des Jahres 1924 angenommen. Das Jahr 1924 sollte indes als Normaljahr nicht in Betracht gezogen werden, weil die Kaufkraft der Bevölkerung nach der Währungsstabilisierung noch bis weit in das Jahr hinein so geschwächt war, daß der Fleischkonsum im allgemeinen, besonders der Gefrierfleischkonsum, für die minderbemittelte Bevölkerung nicht in einem für die Volksernährung notwendigen Ausmaß möglich war. War doch der Fleischverbrauch der Bevölkerung von über 50 Kilo je Kopf im Jahre 1913 auf rund 30 Kilo im Jahre 1923 herabgefallen. Zwar ist der Fleischverbrauch im Jahre 1924 auf rund 42 Kilo gestiegen, während er 1925 bereits 47 Kilo betrug.

Nach den bekanntesten deutschen Physiologen, die in diesem Punkte völlig übereinstimmen, sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle Beschäftigung ein Fleischverbrauch von mindestens 70 Kilo jährlich entfallen. Bekanntlich beträgt der Fleischverbrauch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Kopf der Bevölkerung über 80 Kilo. Die deutsche werktätige Bevölkerung hat also nur die halbe Fleischernährung gegenüber der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Zum gesundheitlichen Wohle der deutschen Arbeiterschaft richten daher die unterzeichneten Spitzenverbände an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Ersuchen, als Maßstab zollfrei einzuführendes Gefrierfleisch die Menge zugrunde zu legen, die im letzten Wertesjahr vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden ist.

Rationalisierung ohne Preislenkung ist Konsumtenmord.

Der bekannte Professor Bonn hat in der Gesellschaft für Organisation über „Rationelles Rationalisieren“ gesprochen. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes: Eine Rationalisierung, die auf Einsparung von Kostenelementen, die gleichzeitig Einkommensbestandteile sind, muß sich als „Konsumtenmord“, als Verwüstung der Inlandskaufkraft“ äußern, und führt sich damit selbst ad absurdum. Nicht in der Einsparung von Unkosten, sondern in der Erzielung einer größeren Produktion bei gleichem Aufwand die dann zu niedrigen Preisen umgesetzt wird, liegt die wirtschaftliche Erfolgsmöglichkeit der Rationalisierung. Die Industrie muß nicht nur billiger produzieren, sondern die Waren müssen auch billiger verkauft werden. Die falsche Preispolitik der Kartelle und Verbände, die zur Schaffung einer künstlichen Rente und zur Kapitalausblähung führt, gleichzeitig aber auch die Reduzierung der Selbstkosten auf den niedrigstmöglichen Stand (bei Vollbeschäftigung der technisch und wirtschaftlich leistungsfähigen Produktionsstätten) verhätet, die preiswerteste Jollpolitik, die auf die Erhaltung der Zinspanne hinzulende Politik der Banken — alle diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen bedeuten nämlich eine künstliche Verfröberung der Produktion mit sich bringen kann. Die Aufrechterhaltung der Zinsansprüche für die sämtlichen nun einmal investierten Kapitalien, die den Sinn dieser Wirtschaftspolitik ausmacht, verhindert das Heruntergehen der Preise während der Krise, deren Opfer so lange umsonst gebracht werden, ebe nicht die Überführung der Produktion auf die am billigsten arbeitenden Unternehmungen nach Durchführung umfangreicher Kapitalabreibungen durchgeführt ist. Diesen Worten braucht keine Silbe hinzugefügt zu werden, sie sprechen für sich selbst und treffen den Kern der Sache.

Verbandsnachrichten.

Das Mitgliedsbuch Nr. S II 737 019, ausgestellt auf Alfred Martin, geboren 8. Dezember 1883 in Potsdam, eingetreten am 9. 2. 1925 in Berlin, ist gestohlen worden. Da anzunehmen ist, daß mit Hilfe des Buches versucht wird, zu Unrecht Verbandsunterstützungen zu erlangen, wird erucht, das Buch bei seinem Aufsuchen einzuziehen und es nach Hannover einzusenden.

Der Vorstand.

Achtung, Unterstützungsanzahler! Dem Kollegen Konrad Friele, Unterstützungsanzahler in Eppershausen, Bezirksabteilung in Offenbach, wurde das ihm gehörige Mitgliedsbuch Nr. S II 640 881 gestohlen. Wahrscheinlich geschah dieses beim Auszahlen von Unterstützungen. Der Vorzeiger des Mitgliedsbuchs ist der Polizei zu übergeben. Das Buch ist ihm abzunehmen und dem Hauptvorstande einzusenden.

Der Vorstand.

Abschluß. Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14, Ziff. 3, Abs. d der Kollege Karl Guffahr von der Zahlstelle Erfurt.

Der Vorstand.

Zahlstelle Hirschberg.

Der Posten des zweiten Bevollmächtigten ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Max Tenber, Kaufung. [3 Mk.] Allen Bewerbern besten Dank.

Die Anstellungs-kommission.

Literarisches.

„Urania“: Das Juni-Heft enthält als Spitzenartikel eine Darstellung der Naturforschsbewegung aus der Feder des Dr. Wächter (München), ferner eine Reihe sehr wertvoller Artikel. Zusammen mit diesem inhaltreichen Heft wird die dritte Buchbeigabe des laufenden Jahres: „Glocke und Tragik der Vererbung“ vom Urania-Schriftleiter Ernst Maßbach herausgegeben. Wir können unseren Freunden die Zeitschrift auf das wärmste empfehlen.

Feiern und Feiertunden freidenkender Menschen. Ein Leitaden zur Abhaltung und Gestaltung von Feiern und Veranstaltungen für alle in Frage kommenden Gelegenheiten, bearbeitet von Theo Mayer (Leipzig). Reicht einem Anhang getannelter Gedichte, Lieder und Sprechchöre. — Freidenker-Verlag G. m. b. H., Leipzig-L., Köfner Straße 15. (Okto., 91 Seiten.) Gut halber kart. 1.20 Mk. In Ganzleinen 2 Mk. — Neuer Inhalt drängt nach neuem Ausdruck. Insbesondere die Jugend verlangt ihr Recht auf Ansdcht und Begeisterung. In diesem Bude ist füllendes Belinnen, looernder Weckruf und tiefer Menschenglauo